

Aufregung um „Single-Steuer“

Eine neue Abgabe in Japan soll die notorisch teure Kindererziehung günstiger machen. Doch die als „Singles-Steuer“ verschriene Maßnahme stößt auf Widerstand – nicht nur bei Alleinstehenden.

Denn wenn die Bevölkerung abnimmt, wird auch weiteres Wirtschaftswachstum schwieriger. In einem Land, wo die Zahl der Produzierenden und Konsumenten sinkt, werden nämlich tendenziell nicht nur weniger Güter und Dienstleistungen nachgefragt. Bei dieser Aussicht zögern oft auch Unternehmen, zu investieren.

Die neue Abgabe soll einen Teil dazu beitragen, den Bevölkerungstrend umzukehren. Denn schon lange gilt als großes Problem, dass die Kindererziehung so teuer ist. Neben der Schule ist es im ostasiatischen Land üblich, seine Kinder noch zur täglichen Nachhilfe zu schicken, was oft einige Hundert Euro pro Monat kostet. Dabei hat bisher schon der offizielle Schulbesuch oft viel Geld gekostet.



Von unserem
Korrespondenten
Felix Lill
aus Tokio

Auch hier hat die Regierung kürzlich aber deutliche Subventionen auf den Weg gebracht. Laut offiziellen Umfragen müssen Eltern bisher rund 21,7 Millionen Yen (etwa 117.000 Euro) für ein Kind ausgeben, bis es erwachsen ist.

Dazu kommt die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Arbeitgeber investieren etwa kaum in deren Weiterbildung, in Erwartung, dass sie bei Schwangerschaft ohnehin ausscheiden würden. So sehen sich Frauen heute oft vor

der Entscheidung, ob sie Kinder oder Karriere wollen. Beides geht meist nicht. Das soll sich nun ändern, etwa mit einer Ausweitung der Verfügbarkeit von Kindertagesstätten, damit möglichst beide Eltern erwerbstätig sein können.

Die zusätzlichen Betreuungskapazitäten sollen nun eben durch die „Singles-Steuer“ finanziert werden. Wobei der Begriff strenggenommen irreführend ist. Denn abführen müssen die Abgabe auch Personen, die längst selbst Kinder haben. Allerdings genießen sie auch die Mittel aus dem Topf – während die Kinderlosen bloß einzahlen. Kritik daran, dass dies ungerecht sei, könnte man mit dem Argument begegnen, dass nun einmal nur diejenigen, die Kin-

der großziehen, auch Kosten zu schultern haben und Unterstützung verdienen.

Aber das sieht nicht jeder so. Denn viele Menschen im Land hätten gern einen Partner und Kinder, bleiben aber auch wegen der hohen Erziehungskosten allein. Wer in Japan ein geringes Einkommen hat, ist mit einer höheren Wahrscheinlichkeit unverheiratet. Hinzu kommen Personen, die nicht heterosexuell sind – auch sie können sich nun diskriminiert fühlen. Dieser Unmut hat in sozialen Medien zur Bezeichnung „Singles-Steuer“ geführt. Hierzu analysiert wiederum das Business-Medium Bloomberg: „Der Name ist ein Grund, warum dem Vorhaben trotz des geringen Umfangs so viel Wut entgegenschlägt. Einige haben es als Strafzahlung für die Unverheirateten in den falschen Hals bekommen.“ Das ist gerade in der aktuellen Zeit eine heikle Diskussion. Denn während Japans Wirtschaft stagniert, sinken die Realeinkommen. So hat die Abgabe einen schweren Start. Und Erhöhungen des Satzes dürften weitere Aufschreie provozieren.

Unter Alleinstehenden in Japan ist die Stimmung derzeit oft nicht die beste. Man fühlt sich diskriminiert, wie im Netz vielfach beklagt wird – bestraft fürs Single-Sein. Seit Anfang April ist das Leben als Single ein bisschen teurer geworden: 250 Yen (rund 1,40 Euro) müssen fortan zusätzlich über Sozialabgaben abgeführt werden, damit auf diese Weise Sozialleistungen für junge Familien finanziert werden. Wer keine Kinder hat – aus welchen Gründen auch immer – müsse nun büßen, kritisieren nicht nur Singles. Und die Abgabe soll sich noch erhöhen.

Die Maßnahme ist der fast schon verzweifelte Versuch der japanischen Regierung, die Menschen zum Kinderkriegen zu animieren. Seit Jahrzehnten fällt die Geburtenrate im ostasiatischen Land. Längst hat dies auch zur Folge, dass die Bevölkerung schrumpft. Seit 2009, als in Japan rund 128 Millionen Menschen lebten, hat die Bevölkerungszahl um etwa fünf Millionen abgenommen.

Und das macht die Regierung, aber auch die Wirtschaft nervös.